

Die schwedische Reichstagswahl vom September 2006

Hat der Wohlfahrtsstaat noch eine Zukunft?

Heinrich Pehle



Heinrich Pehle

1. Einleitung: Das „Modell Schweden“

Bis weit in die siebziger Jahre des vergangenen Jahrhunderts hinein galt Schweden vielen ausländischen Beobachtern – insbesondere solchen, die sich Reformprogrammatiken sozialdemokratischer Prägung verpflichtet sahen – als „Modell“ für einen Wohlfahrtsstaat, der trotz eines weitgehenden Verzichts auf die Verstaatlichung nationaler Schlüsselindustrien den wirtschafts- und sozialpolitischen Idealen des demokratischen Sozialismus weitgehend entsprach. Konstant niedrige Arbeitslosenzahlen machten die aktive Arbeitsmarktpolitik Schwedens in den Augen kontinentaler Wirtschafts- und Sozialpolitiker ebenso zum Vorbild wie etwa auch das dichte Netz sozialpolitischer Leistungen oder die reformfreundige Bildungspolitik des skandinavischen Nachbarn. Spätestens zu Beginn der neunziger Jahre setzte allerdings Ernüchterung ein: Schweden, das hinsichtlich des Brutto sozialprodukts pro Einwohner im Jahr 1970 weltweit noch auf dem fünften Platz gestanden hatte, war auf Platz 14 zurückgefallen, die Arbeitslosenquote war auf für schwedische Verhältnisse extrem hohe acht Prozent gestiegen, wobei sich zu-

sätzlich noch sieben Prozent der Erwerbsfähigen in staatlich subventionierten Schulungsmaßnahmen befanden, und die so genannte Bankenkrise – die Kreditinstitute des Landes hatten etwa 19 Milliarden Euro Schulden angehäuft – drohte zu einer volkswirtschaftlichen Katastrophe auszuarten.

Kein Wunder also, dass die „unsäglichke „Modell“-Debatte“ (Henningsson/Stråth: 1995: 222) alsbald für obsolet erklärt wurde.

Seit einigen Jahren jedoch ist sie – für viele überraschend – neu entbrannt: Schweden gilt wieder als Vorbild, hat die dortige Regierung doch offenbar die ökonomische Krise nachhaltig gemeistert, die Zahl der Arbeitslosen deutlich gesenkt und für ein stabiles Wirtschaftswachstum gesorgt – eine Bilanz, die den damaligen Bundeskanzler Gerhard Schröder sogar dazu bewog, seinen schwedischen Amtskollegen Göran Persson einzuladen, vor dem Bundeskabinett in Berlin über seine Reformpolitik und die Gründe ihres Erfolgs zu berichten (Süddeutsche Zeitung vom 13. März 2005: 9, DER SPIEGEL 22/2005: 114). „Von Skandinavien lernen“ (Berth 2006) ist wieder zum viel gehörten Schlagwort geworden, das nicht nur auf die Arbeitsmarkt-, sondern insbesondere auch auf die Familien- und Bildungspolitik bezogen wird.

Der „gut ausgebaute Wohlfahrtsstaat“ gilt als das Werk der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Schwedens (SAP)

Der „gut ausgebaute Wohlfahrtsstaat, der hohe Einkommensteuern mit einem stabilen Wirtschaftswachstum und geringer Arbeitslosigkeit kombiniert“ und in der Bevölkerung große Akzeptanz findet (Euractiv 2006: 1), gilt als das Werk der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Schwedens (SAP), deren damaliger Vorsitzender Per Albin Hansson bereits im Jahr 1928 den von seiner Partei angestrebten Wohlfahrtsstaat mit der Metapher vom „Volksheim“ charakterisierte. Seit dem Jahr 1932 stellten die Sozialdemokraten – unterbrochen nur durch mehrere bürgerliche Koalitionsregierungen, die zwischen 1976 und 1981 sowie von 1991 bis 1994 amtierten – stets die Regierung. Dies hat sich allerdings im Gefolge der Reichstagswahl vom 17. September 2006 geändert: Schweden hat wieder eine bürgerliche Regierung. Wie lässt sich dieser Regierungswechsel erklären und: Hat das wohlfahrtsstaatliche Modell Schwedens damit etwa doch ausgedient?

2. Das schwedische Parteiensystem

Das schwedische Parteiensystem galt bis zum Jahr 1988 als eines der stabilsten in Europa. Es war geradezu der Musterfall eines *frozen party system* (Pehle 2002). Fünf Parteien bildeten zwei Blöcke. Der linke, sozialistische Block bestand aus der Kommunistischen Partei – sie firmiert heute als „Linkspartei“ – und der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei, die in enger Verbindung mit dem schwedischen Gewerkschaftsbund LO stand und steht. Der rechte, bürgerliche Block bestand aus der Moderaten Sammlungspartei, die dem Arbeitgeberverband nahe steht, der liberalen Volkspartei sowie der Zentrumspartei. Letztere firmierte bis zum Jahr 1958 unter der Bezeichnung „Bauernbund“ und hat traditionell einen starken ökologisch orientierten Flügel.

Sowohl die Prozesse der Regierungsbildung als auch Wählerverhalten und

Wahlergebnisse lieferten den Grund für die Qualifizierung des schwedischen Parteiensystems als Blocksystem. Blockübergreifende Koalitionsregierungen gab es seit dem Jahr 1956 nicht mehr und unter den Bedingungen eines Verhältniswahlsystems mit einer landesweiten Sperrklausel von vier Prozent der abgegebenen Stimmen hielten sich beide Blöcke seit den dreißiger Jahren stets in etwa die Waage, das heißt, die Wählerpotentiale beider galten bei maximal 51 Prozent der abgegebenen Stimmen als ausgeschöpft (Henningsen 1986: 265). Blockübergreifende Wählerwanderungen waren die absolute Ausnahme. Die wirklich nennenswerten Wählerbewegungen vollzogen sich ausschließlich innerhalb des bürgerlichen Blocks. In ihrer Folge hat beispielsweise die Zentrumspartei seit 1979 ihre Stellung als stärkste bürgerliche Kraft an die Moderate Sammlungspartei verloren.

Seit 1988 hat sich die schwedische Parteienlandschaft deutlich verändert. In diesem Jahr konnte die Umweltpartei/Die Grünen erstmals in den Reichstag einziehen. Bei der folgenden Reichstagswahl im Jahr 1991 scheiterte sie zwar an der Sperrklausel, ist aber seit 1994 stets im Reichstag vertreten. Die Umweltpartei entzieht sich dem „Blockdenken“; weit weniger als andere „grüne“ Parteien in Europa weist sie „linke“ Orientierungen auf. Dass sie faktisch zwischen den beiden traditionellen Blöcken angesiedelt ist, demonstrierte sie nachdrücklich nach der Reichstagswahl des Jahres 2002, indem sie vor der Regierungsbildung mit Vertretern beider Seiten verhandelte (Pfeil 2006: 765). Eine weitere politische Kraft konnte sich im Jahr 1991 mit der Christlich-Demokratischen Sammlungspartei im bürgerlichen Block etablieren. Die Partei ist seitdem stets im Parlament vertreten, so dass wir es heute mit einem Sieben-Parteien-System zu tun haben.

Regierungsbildung, Wählerverhalten und Wahlergebnisse qualifizieren das schwedische Parteiensystem als Blocksystem.

3. Regieren in Schweden

Es wurde bereits angesprochen, dass Schweden von 1932 bis 2006 insgesamt nur neun Jahre lang Regierungen ohne sozialdemokratische Beteiligung erlebte. Sieht man von der Zeit des Zweiten Weltkriegs ab, in der eine Vielparteienkoalition amtierte, welche nur die Kommunisten ausschloss, kannten die Sozialdemokraten dabei nur zwei Konstellationen. Entweder koalitierten sie mit dem Bauernbund (1936-1940 und 1951-1956), oder sie bildeten – was die Regel war – eine Alleinregierung. Dabei mussten sie sich meist mit dem Status einer Minderheitsregierung arrangieren. In den vergangenen 25 Jahren hat es in Schweden ausschließlich Minderheitsregierungen gegeben; sie sind in Schweden also, wie auch in Norwegen und Dänemark, der Normalfall (Pehle 2002; Jahn 2002).

Dass auch unter diesen Bedingungen erfolgreiches Regieren möglich ist, haben die Sozialdemokraten in den vergangenen zwölf Jahren auch im Urteil der Wähler durchaus bewiesen, denn 94 Prozent der Bürger gaben im Wahljahr 2006 in repräsentativen Umfragen zu Protokoll, es gehe ihnen wirtschaftlich gut. In der Arbeitsmarktpolitik experimentierte die Regierung erfolgreich mit innovativen Instrumenten wie Sabbatjahren und Lohnsubventionen bei der Einstellung von Langzeitarbeitslosen. Grundlegende Reformen wurden zudem unter anderem im Rentensystem sowie bei der Unternehmensbesteuerung durchgesetzt. Das Resultat: Das Wirtschaftswachstum belief sich im Jahr 2006 auf über 4 Prozent, die offene Arbeitslosigkeit lag „nur“ bei etwas über 5 Prozent, die Inflationsrate betrug weniger als 2 Prozent und der Staatshaushalt wies einen Überschuss aus (Ertel 2006).

Die Frage liegt nahe, wie eine Minderheitsregierung sich die Handlungsfähigkeit sichern konnte, derer es zur Durchsetzung der arbeitsmarkt- und sozialpolitischen Reformen bedurfte. Wo-

her kamen also die notwendigen parlamentarischen Mehrheiten für die von der Sozialdemokratie betriebene Politik?

Diesbezüglich ist zunächst einmal festzuhalten, dass das politische System Schwedens verschiedene Verfahrensregeln kennt, die die Bildung und den Bestand von Minderheitsregierungen begünstigen. Dazu gehört in erster Linie, dass die Regeln des so genannten negativen Parlamentarismus gelten, das heißt, dass keine wie auch immer geartete Investiturabstimmung des Parlaments über eine neu gebildete Regierung stattfindet. Für den Bestand einer Regierung genügt es also, wenn sich keine Mehrheit findet, die sich gegen sie ausspricht und sie mit einem Misstrauensvotum stürzen kann und will. Hinzu kommt, dass politische Parteien in Schweden sich die „Kosten des Regierens“, die erfahrungsgemäß regelmäßig in Form von Wählerstimmenverlusten bei den jeweils folgenden Wahlen anfallen, durchaus sparen können, ohne dafür mit einem kompletten Verzicht auf politische (Mit)Gestaltungsmöglichkeiten bezahlen zu müssen. Der Grund dafür liegt in dem Umstand begründet, dass die Vorbereitung von Gesetzen häufig nicht von der Regierung selbst betrieben, sondern in so genannte *utredningar* ausgelagert wird. Dabei handelt es sich um von der Regierung ad hoc eingesetzte Kommissionen, in welche in aller Regel nicht nur Vertreter der jeweils relevanten Interessenorganisationen, sondern eben auch der politischen Parteien berufen werden – und zwar einschließlich der Opposition.

Die möglichst umfassende Einbindung der relevanten sozio-politischen Kräfte in die politischen Entscheidungsprozesse spiegelt die starke Konsensorientierung wider, welche die schwedische Politik seit jeher prägt: „Alle im Reichstag vertretenen Parteien – vielleicht mit Ausnahme der Linkspartei – streben zur politischen Mitte und liegen ideologisch wie programmatisch ausgesprochen dicht beieinander“ (Pfeil 2006: 766). Auch insofern ist die Situation von Minderheits-

In den vergangenen 25 Jahren hat es in Schweden ausschließlich Minderheitsregierungen gegeben

Für den Bestand einer Regierung genügt es, wenn sich keine Mehrheit findet, die sich gegen sie ausspricht.

Die möglichst umfassende Einbindung der relevanten sozio-politischen Kräfte in die politischen Entscheidungsprozesse spiegelt die starke Konsensorientierung der schwedischen Politik wider.

regierungen durchaus komfortabel, denn viele Entscheidungen werden im schwedischen Reichstag, einem typischen Arbeitsparlament mit einem ausdifferenzierten System fachlich spezialisierter Ausschüsse, im Partei übergreifenden Konsens getroffen.

Gleichwohl ist es auch in einer ausgeprägten Konsensdemokratie wie der Schwedens für jedwede Regierung natürlich wichtig, sich für den Zweifelsfall sicherer parlamentarischer Mehrheiten zu vergewissern. Die Sozialdemokraten bewerkstelligten dies früher relativ problemlos dadurch, dass ihnen die parlamentarische Unterstützung durch die Linkspartei stets sicher war. Nach den Reichtagswahlen von 1994 bot sich die Linkspartei zwar erneut als „Tolerierungspartner“ an, wurde vom damaligen Regierungschef Ingvar Carlsson aber nicht akzeptiert, weil sie den von den Sozialdemokraten intendierten – wenngleich gemäßigten – „Umbau“ des Wohlfahrtsstaates nicht mit zu tragen bereit war. Stattdessen vereinbarte man eine Zusammenarbeit mit der Zentrumspartei, die bis kurz vor den Wahlen von 1998 Bestand hatte, dann aber vom Zentrum, das sein eigenes (umwelt)politisches Profil zu verlieren fürchtete, beendet wurde (Pehle 2002). Deshalb versicherte sich die seit 1996 von Göran Persson geführte Regierung nach 1998 der parlamentarischen Unterstützung der Linkspartei einerseits, der Umweltpartei andererseits. Diese unter anderem wegen starker Differenzen bezüglich der Europapolitik nicht unproblematische Konstellation hatte bis zu den Wahlen von 2006 Bestand. Im Wahlkampf trat deswegen ein in sich alles andere als geschlossenes rot-rot-grünes „Lager“ an. Dort aber hatte sich eine entscheidende Veränderung vollzogen. Zwischen den bürgerlichen Parteien, die trotz Übereinstimmung im Grundsätzlichen in Einzelfragen traditionell durchaus ausgeprägte Positionsdifferenzen pflegen, mit denen sie ihre jeweilige Existenzberechti-

gung unter Beweis zu stellen trachten, war es nämlich zur Bildung einer Wahlallianz gekommen, wie es sie vordem noch nicht gegeben hatte. Sie stand unter Führung der zur „neuen Arbeiterpartei“ mutierten Moderaten Sammlungspartei.

4. Der Wahlkampf: „Rechts überholt links“

Als eine der Besonderheiten des schwedischen Parteiensystems galt traditionell die Uneinigkeit der bürgerlichen Parteien untereinander (Jahn 2003: 109). Sie hatte beispielsweise dazu geführt, dass die bürgerlichen Mehrheitsregierungen, die in den Jahren 1976 und 1979 ins Amt gekommen waren, vorzeitig scheiterten. Dieser Dissens in Einzelfragen, der den sozialdemokratischen Minderheitsregierungen in der Vergangenheit nicht selten zu parlamentarischen Mehrheiten für wirtschafts- und sozialpolitische Entscheidungen verhalf, die ihr linker Tolerierungspartner nicht mit zu tragen bereit war, gilt zu Recht als ein wichtiger Grund für die langjährig unangefochtene Dominanz der Sozialdemokraten. Ihn, zumindest was seine öffentliche Perzeption angeht, aus der Welt zu schaffen, war deshalb eines von zwei zentralen Anliegen der bürgerlichen Wahlkämpfer. Ihre unbestrittene Führungsfigur fanden letztere im Vorsitzenden der Moderaten Sammlungspartei, Fredrik Reinfeldt.

Die Ausgangsposition der Moderaten nach der Reichstagswahl des Jahres 2002 hatte sich denkbar schlecht dargestellt, denn sie hatten ein Drittel ihrer Stimmen verloren und mit 15,1 Prozent ihr schlechtestes Wahlergebnis seit 1973 hinnehmen müssen; ihr Vorsprung als stärkste bürgerliche Kraft auf die Liberale Volkspartei betrug nur noch 1,8 Prozent. Daraus zog der nach der „Katastrophenwahl“ neu gewählte Parteivorsitzende die Konsequenz, die Partei grundlegend neu auszurichten. Als Vorbild diente ihm dafür ausgerechnet der

Im Wahlkampf trat deswegen ein in sich alles andere als geschlossenes rot-rot-grünes „Lager“ an.

britische Labour-Vorsitzende Tony Blair. In Anlehnung an „New Labour“ benannte Reinfeldt seine Partei informell in „Die neuen Moderaten“ (Ny Moderaterna) um und rückte sie programmatisch „konsequent in die Mitte“ (Pfeil 2006: 770). Hatte sich die Partei vordem vor allem mit der Forderung nach radikalen Steuersenkungen profiliert, die durch eine entsprechend durchgreifende Senkung der Sozialabgaben finanziert hätte werden sollen, verzichtete sie im Wahlkampf 2006 vollständig auf die Propagierung ihrer traditionellen Steuersenkungsphilosophie und setzte statt dessen auf den Begriff Solidarität. Inhaltlich gefüllt wurde letzterer mit einer Kritik an dem sozialdemokratischen „Schlüsselprojekt“ der vergangenen Jahre schlechthin – der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Das zentrale Wahlargument bestand in dem Hinweis, dass die offiziellen Arbeitslosenstatistiken das Problem eher verschleierten denn erhellten. Die offiziell propagierte Halbierung der (offenen) Arbeitslosigkeit sei nur deshalb erreicht worden, weil man die statistischen Grundlagen zu ihrer Berechnung geändert habe und Langzeit-

krankte und Frührentner in der Statistik nicht mehr auftauchten. Zudem verschweige die Regierung die Problematik der Jugendarbeitslosigkeit.

Nicht mehr Steuersenkungen, sondern die Bekämpfung der verdeckten Arbeitslosigkeit unter anderem mittels Senkung der Lohnnebenkosten und der Einführung von Kombilöhnen für Jugendliche war also die wesentliche Wahlkampfbotschaft der Konservativen. Die „Neuen Moderaten“ konnten sich erfolgreich als „Schwedens neue Arbeiterpartei“ präsentieren und damit in sozialdemokratisches Kernland vorstoßen.

Abgefedert wurde diese Neuausrichtung durch ein Novum in der schwedischen Parteiengeschichte, nämlich die Bildung einer stabilen Wahlallianz der bürgerlichen Parteien unter der Meinungsführerschaft der Moderaten, die sich erstmals im Mai 2006 mit der Präsentation eines gemeinsamen Entwurfs für den Staatshaushalt profilierte und zum Höhepunkt des Wahlkampfs im Sommer mit einem gemeinsamen Wahlmanifest an die Öffentlichkeit ging, das unter der Überschrift „Mehr in Arbeit – mehr zu verteilen“ stand. Aus den Gegnern des

Die „Neuen Moderaten“ konnten sich erfolgreich als „Schwedens neue Arbeiterpartei“ präsentieren

Die Ergebnisse der Reichstagswahlen im Vergleich der Jahre 2002 und 2006

Partei	2006 Prozent	2006 Mandate	2002 Prozent	2002 Mandate
Sozialdemokratische Arbeiterpartei	35,0 (-4,7)	130 (-14)	39,9	144
Moderate Sammlingspartei	26,2 (+11,1)	97 (+42)	15,1	55
Zentrumspartei	7,9 (+1,7)	29 (+7)	6,2	22
Libérale Volkspartei	7,5 (-5,8)	28 (-20)	13,3	48
Christdemokratische Sammlingspartei	6,6 (-2,5)	24 (-9)	9,1	33
Linkspartei	5,9 (-2,4)	22 (-8)	8,3	30
Umweltpartei Die Grünen	5,2 (+0,7)	19 (+2)	4,5	17
Sonstige	5,7 (+2,1)	–	3,6	–

Quelle: Gerundete Zahlen der schwedischen Wahlbehörde: Valmyndigheten. Val till riksdagen. (<http://www.val.se/val/val2006/slutlig/R/rike/roster/html>)

Wohlfahrtsstaats waren seine Modernisierer geworden – eine Strategie, der die personell ausgelaugte und durch verschiedene Pannen und skandalträchtige Vorgänge geschwächte Regierung im Grund wenig mehr als ein „weiter so“ entgegenzusetzen wusste. Die Schwäche des linken Lagers offenbarte sich zudem auch darin, dass die Umweltpartei ankündigte, eine sozialdemokratisch geführte Regierung künftig nicht mehr tolerieren zu wollen und statt dessen die Bildung einer Koalitionsregierung forderte. Die Reaktion des amtierenden Regierungschefs und sozialdemokratischen Spitzenkandidaten Persson bestand darin, eine künftige Zusammenarbeit mit einer der drei kleineren bürgerlichen Parteien ins Gespräch zu bringen (Pfeil 2006: 769) – angesichts der mittlerweile fest geschmiedeten bürgerlichen Allianz, an die sich die Linke in Schweden offenbar erst noch gewöhnen muss, schon beinahe ein Offenbarungseid.

Es ist der „neuen Arbeiterpartei“ gelungen, in nennenswertem Maße Wechselwähler für sich zu gewinnen

5. Das Wahlergebnis: Ende der sozialdemokratischen Hegemonie

Das Ergebnis ist eindeutig: Die Sozialdemokratische Arbeiterpartei fuhr mit 35 Prozent der gültigen Stimmen ihr schlechtestes Wahlergebnis seit 1917 ein und auch ihr traditioneller Tolerierungspartner, die Linkspartei, erlitt deutliche Einbußen. Im linken Lager konnte sich nur die Umweltpartei, die sogar ein leichtes Plus verbuchte, stabilisieren. Dem gegenüber konnten die „Neuen Moderaten“ ein historisches Hoch feiern: 26,2 Prozent der Stimmen hatte die Partei bei Reichstagswahlen seit dem Jahr 1928 nicht mehr erreichen können. Zwar mussten die kleineren Partner in der bürgerlichen Allianz Verluste hinnehmen, die am deutlichsten für die Liberalen ausfielen, die sich im Wahlkampf in einen „Hackerskandal“ verwickelt hatten, nachdem Mitarbeiter der Parteizentrale in das interne Computer-

netz der Sozialdemokraten eingedrungen waren. Insgesamt aber reichte es für die bürgerlichen Parteien mit einem Gesamtmandatsanteil von 178 von 349 Mandaten zu einem relativ komfortablen Vorsprung im Reichstag. Nach dem noch am Wahlabend erklärten Rücktritt des amtierenden Premierministers konnte Fredrik Reinfeldt die erste Mehrheitsregierung seit 25 Jahren bilden.

Die Wahlbeteiligung lag mit 82 Prozent noch etwas höher als bei den vorangegangenen Wahlen des Jahres 2002, als sie 80,1 Prozent betrug. Dies indiziert bereits, dass es der „neuen Arbeiterpartei“ gelungen ist, in nennenswertem Maße Wechselwähler für sich zu gewinnen – und zwar auch solche, die sich bisher dem linken Block zurechneten. Die empirische Wahlforschung beziffert die Zahl der Wechselwähler insgesamt auf bislang in Schweden völlig unvorstellbare 34 Prozent, und schon allein dies bewog politische Beobachter dazu, der Moderaten Sammlungspartei die Chance zu attestieren, „das politische System zu revolutionieren“, denn sie habe Bewegung in eine Wählerschaft gebracht, die bisher zwar manchmal die Partei, selten aber den politischen Block gewechselt habe (Hermann 2006).

Mag die Rede von einer Revolutionierung des politischen Systems auch überzogen sein, so bleibt doch richtig, dass sowohl das – letztlich allerdings wirkungs- und folgenlose – Angebot Göran Perssons zu einer Koalition mit einer bürgerlichen Partei als auch die Tatsache, dass letztlich die Block übergreifende Wählerwanderung von „links“ nach „rechts“ die Wahlen zu Gunsten der bürgerlichen Allianz entschied, zumindest die Vermutung nahe legen, dass das Ende des schwedischen Blockparteiensystems gekommen ist. Vorläufige Gewissheit darüber wird allerdings erst der Ausgang der Reichstagswahl von 2010 geben können, denn nur wenn es der bürgerlichen Mehrheitskoalition gelingt, bis dahin den inneren Zusammenhalt zu bewahren, ihren Erfolg von 2006

zu wiederholen und der Sozialdemokratie – der „geborenen Regierungspartei“ Schwedens – erneut die Oppositionsrolle zuzuweisen, wird man von einer wirklichen Umgestaltung des schwedischen Parteiensystems reden können.

Für die Anhänger des schwedischen „Modells“, eines vorwiegend einkommensteuerfinanzierten Wohlfahrtsstaats also, sind dies nicht unbedingt schlechte Nachrichten, denn die Neuen Moderaten und ihre Koalitionspartner werden die „übergelaufenen“ Wechselwähler nur halten können, wenn sie ihr Wahlversprechen halten, den Wohlfahrtsstaat zu verbessern, nicht aber abzuschaffen. Nach einem klassischen „Fehlstart“ – zwei Ministerinnen mussten nur wenige Tage nach ihrem Amtsantritt wieder zurücktreten, weil sie ihre Fernsehgebühren nicht bezahlt hatten – hat die neue Regierung in Stockholm nur mühsam Fuß gefasst. Zu prognostizieren, dass alle programmatischen Sollbruchstellen des Vier-Parteien-Bündnisses durch das gemeinsame Wahlmanifest dauerhaft aus der Welt geschafft sind, erscheint nicht nur deshalb recht gewagt. Die Grundmuster der schwedischen Politik indes werden wohl nicht nur aus wahltaktischem Kalkül unangetastet bleiben, sondern auch, weil sie in der schwedischen Konsensdemokratie noch immer breit verankert sind: Die schwedischen Wähler wollten „keine neue politische Richtung einschlagen, sie wollten nur die Straßenseite wechseln“ (Herrmann 2006): Ob per Rechts- oder Linksverkehr – das Ziel bliebe dann dasselbe.

Ertel, Manfred (2006): Von den Rechten links überholt, in: Spiegel-online vom 15. September (<http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,437059,00html>).

Euractiv (2006): Wahlen in Schweden – Herausforderung für das „nordische Modell“? (<http://www.euractiv.com/de/innovation/wahlen-schweden-herausforderung-fuer-nordische-modell/article-157859>).

Henningsen, Bernd (1986): Der Wohlfahrtsstaat Schweden, Baden-Baden 1986.

Henningsen, Bernd/Stråth, Bo (1995): Die Transformation des schwedischen Wohlfahrtsstaates. Ende des „Modells“? in: Jahrbuch für Politik 5 (Halbband 2), S. 221-246.

Hermann, Gunnar (2006): Die hellblaue Arbeiterpartei. In Schweden haben die Neuen Moderaten die Chance, das politische System zu revolutionieren, in: Süddeutsche Zeitung vom 19. September: 4.

Jahn, Detlev (2002): Koalitionen in Dänemark und Norwegen: Minderheitsregierungen als Normalfall, in: Kropp, Sabine/Schüttemeyer, Suzanne S./ Sturm, Roland (Hrsg.): Koalitionen in West- und Osteuropa, Opladen, S. 219-247.

Jahn, Detlev (2003): Das politische System Schwedens, in: Ismayr, Wolfgang (Hrsg.): Die politischen Systeme Westeuropas, 3. Aufl., Opladen, S. 93-130.

Pehle, Heinrich (2002): Koalitionen in Finnland und Schweden: Fortbestand der Unterschiede trotz Angleichung der Systeme, in: Kropp, Sabine/Schüttemeyer, Suzanne S./Sturm, Roland (Hrsg.): Koalitionen in West- und Osteuropa, Opladen, S. 197-217.

Pfeil, Florian (2006): Regierungswechsel in der Hochburg der Sozialdemokratie: Die Wahlen zum Schwedischen Reichstag vom 17. September 2006, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 37 (4), S. 763-777.

Die schwedischen Wähler wollten „keine neue politische Richtung einschlagen, sie wollten nur die Straßenseite wechseln“. Ob per Rechts- oder Linksverkehr – das Ziel bliebe dann dasselbe.

Literatur

Bert, Felix (2006): Von Skandinavien lernen. Moderne Familienpolitik bedeutet, endlich das Leitbild vom männlichen Alleinverdiener aufzugeben, in: Süddeutsche Zeitung vom 14. Dezember: 4.

